

Medienmitteilung

Thema	GLP Stadt Bern beschliesst Ja-Parolen für die städtischen Vorlagen – deutliches Ja zum Kunstmuseum Bern
Für Rückfragen	Michael Hoekstra, Präsident Grünliberale Stadt Bern; 077 473 79 74 michael.hoekstra@grunliberale.ch
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, 3000 Bern bern@grunliberale.ch, www.bern.grunliberale.ch
Datum	20.05.2026

Die Grünliberale Partei Stadt Bern empfiehlt für die Abstimmungen vom 14. Juni 2026 ein Ja zu sämtlichen städtischen Vorlagen. Ein besonderes Zeichen setzte die Mitgliederversammlung bei der kantonalen Abstimmung zum Kunstmuseum Bern: Mit klarer Mehrheit beschloss die GLP Stadt Bern die Ja-Parole.

Die Grünliberale Partei Stadt Bern hat an ihrer Mitgliederversammlung vom 19. Mai 2026 die Parolen für die Abstimmungen vom 14. Juni beschlossen. Im Zentrum stand die kantonale Vorlage zum Kunstmuseum Bern: Entgegen der Stimmfreigabe der GLP Kanton Bern fassten die Stadtberner Grünliberalen mit grosser Mehrheit die Ja-Parole.

Die Mitgliederversammlung sprach sich mit 21 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung für den **Projektierungskredit zur Sanierung und zum Ersatzneubau des Kunstmuseums Bern** aus. Für die GLP Stadt Bern überwiegen die Argumente klar: Der bauliche Zustand des Museums erfordere dringende Investitionen, um Betrieb, Sicherheit und den Schutz der Kulturgüter langfristig zu gewährleisten. Zudem ermögliche das Projekt ein modernes, barrierefreies und energieeffizientes Museum und stärke Bern als Kultur-, Wirtschafts- und Tourismusstandort. Besonders gewichtet wurde auch die hohe private Mitfinanzierung von über 50 Millionen Franken, die bei einer Ablehnung verloren ginge.

Auch bei den städtischen Vorlagen beschlossen die Mitglieder mehrheitlich bis einstimmig Ja-Parolen:

Mit 20 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen unterstützt die GLP Stadt Bern die **Gesamtsanierung des Bernischen Historischen Museums**. Die Partei anerkennt den unbestrittenen Sanierungsbedarf des über 130-jährigen Gebäudes. Aus Sicht der Grünliberalen überzeugt das Projekt insbesondere durch die energetische Modernisierung, die bessere Barrierefreiheit sowie die langfristige Sicherung eines bedeutenden Kulturstandorts. Der städtische Beitrag von rund 40 Millionen Franken wird im Kontext der Mitfinanzierung durch Kanton und Burgergemeinde als vertretbar beurteilt.

Für den **Erwerb des Monbijou-Areals von Energie Wasser Bern (ewb)** sprach sich die Mitgliederversammlung mit 12 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen aus. Die Diskussion zeigte unterschiedliche Einschätzungen: Befürwortende sehen im Areal eine strategisch wichtige Liegenschaftsreserve an attraktiver Lage mit langfristigem Entwicklungspotenzial. Kritische Stimmen verwiesen hingegen auf fehlende Einbettung in eine übergeordnete Strategie und offene Fragen zur künftigen Nutzung. Insgesamt überwog die Einschätzung, dass die Stadt mit dem Vorkaufsrecht eine Chance für eine aktive Bodenpolitik wahrnehmen soll.

Einstimmig beschlossen wurde die Ja-Parole zur **Überbauungsordnung Stöckackerstrasse 33 / Ladenwandweg (ewb/BLS-Areal)**. Die GLP Stadt Bern begrüsst die ressourcenschonende Innenentwicklung, zusätzlichen Wohnraum, die gute Erschliessung für Fuss- und Veloverkehr sowie die Begrenzung des motorisierten Individualverkehrs.

Ebenfalls einstimmig unterstützt die Partei die Vorlage zur **Änderung des Zonenplans Dählhölzli** und zum **Schulraumprovisorium Steigerhubel**.

Kontroverser diskutiert wurde die Vorlage zur **Quartierküche für die städtische Tagesbetreuung**, die schliesslich mit 12 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen wurde. Unbestritten war der ausgewiesene Mehrbedarf an Schulmahlzeiten sowie die Chance, die städtische Mahlzeitenstrategie nachhaltig umzusetzen. Kritische Stimmen stellten die langfristige Perspektive des Standorts Tiefenau infrage und warnten vor hohen Investitionen in eine Lösung mit derzeit unklarer Zukunft über 2034 hinaus.

Die GLP Stadt Bern empfiehlt den Stimmberechtigten damit, sowohl die kantonale Vorlage zum Kunstmuseum Bern als auch sämtliche städtischen Vorlagen am 14. Juni anzunehmen.

